

«Freiwilligenarbeit ist ein wichtiger Pfeiler unseres Staates»

Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit Chefredaktor Günther Fritz, für das Staatsfeiertag-Magazin 2007 des Liechtensteiner Vaterlandes

August 2007

Uniformen können nach Ansicht von Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein durchaus etwas Positives ausstrahlen. Gerade bei der Freiwilligenarbeit und Ehrenamtlichkeit bringt eine einheitliche Verbands- oder Vereinskleidung das gemeinsame Wirken im Dienste der Öffentlichkeit zum Ausdruck.

«Wenn der Staat die ganze Freiwilligenarbeit finanziell honorieren müsste, dann wären wir bald einmal bankrott oder müssten zumindest mit unerträglich hohen Steuern leben», betont der Stellvertreter des Landesfürsten, der nun seit drei Jahren die Aufgaben des Staatsoberhauptes wahrnimmt. Erbprinz Alois wünscht sich unter dem Motto «Uniformiertes Liechtenstein», dass bei möglichst vielen Bewohnerinnen und Bewohnern auch weiterhin die Bereitschaft besteht, ehrenamtlich tätig zu sein. Dadurch könne jeder seinen Beitrag an die Gesellschaft leisten.

Durchlaucht, Sie haben in Ihrer Jugend eine Offiziersausbildung an der Königlichen Militärakademie in Sandhurst, Grossbritannien, absolviert. Darf man vor diesem Hintergrund annehmen, dass Sie ein positives Verhältnis zu Uniformen haben?

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein: Uniformen können durchaus etwas Positives ausstrahlen. Sie haben meist eine spezielle Funktion. So gibt sie z. B. den Polizisten zusätzliche Autorität, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben wichtig sein kann. In manchen Fällen treten Polizisten allerdings bewusst in Zivilkleidung auf, um ohne äusseres Zeichen staatlicher Autorität bestimmte Aufgaben besser erfüllen zu können. Uniformen können auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl vermitteln und klar signalisieren, wofür die entsprechende Person zuständig ist.

Gibt es bestimmte Uniformen, die Ihnen optisch besonders gefallen oder deren Symbolgehalt Sie speziell beeindruckt?

Es gibt natürlich schönere und weniger schöne Uniformen. Jeder hat da seinen eigenen Geschmack. Der eine hat lieber hellere und der andere gedämpfte Farben. Neben der Geschmacksfrage spielt sicher auch die Tradition eine Rolle. So hat man vielleicht bestimmte Uniformen, die man schon seit Jahrzehnten kennt, besonders lieb gewonnen.

Gerade in den Bereichen der ehrenamtlichen Tätigkeit und der Freiwilligenarbeit bringt eine einheitliche Verbands- oder Vereinskleidung das gemeinsame Wirken im Dienste der Öffentlichkeit zum Ausdruck. Welche Bedeutung hat Freiwilligenarbeit für den Staat und wird diese genügend honoriert?

Die Freiwilligenarbeit ist ein wichtiger Pfeiler, ohne den der Staat gar nicht funktionieren könnte. Wenn der Staat die ganze Freiwilligenarbeit finanziell honorieren müsste, dann wäre er bald einmal bankrott oder wir müssten zumindest mit unerträglich hohen Steuern leben. Daher ist es wichtig, dass die ehrenamtliche und freiwillige Arbeit ausreichend gewürdigt wird und der Staat ihr genügend Freiräume lässt. Dabei sollte er nur subsidiär dort tätig werden, wo ehrenamtliche und freiwillige Arbeit nicht weiterhelfen kann. Gleichzeitig sollte er sie nicht durch unnötige Auflagen einengen oder ersticken.

Könnte «uniformiertes Liechtenstein» im übertragenen Sinne nicht auch «Unité de doctrine» in den verschiedenen Politikfeldern bedeuten? Durchlaucht, gibt es eine Art Grundkonsens, auf dessen Basis alle staatlichen Organe die gleichen Ziele verfolgen?

Die politisch Verantwortlichen im Staat können natürlich ganz unterschiedliche Ideen und Wertvorstellungen haben. Den Grundkonsens finden wir aber in unserer Verfassung. In Artikel 1 heisst es, dass das Fürstentum Liechtenstein den innerhalb seiner Grenzen lebenden Menschen dazu dienen soll, in Freiheit und Frieden miteinander leben zu können. Und in Artikel 14 wird als oberste Staatsaufgabe die Förderung der gesamten Volkswohlfahrt genannt, insbesondere die Schaffung und Wahrung des Rechtes und der Schutz der religiösen, sittlichen und wirtschaftlichen Interessen des Volkes.

Diesen und den weiteren Zielen der Verfassung stimmen alle staatlichen Organe zu, sonst hätten sie ja ein Problem mit der Verfassung. Aus dieser Sicht gibt es sicher eine «Unité de doctrine» der staatlichen Organe. Was unter diesen allgemeinen Zielen dann aber in der Praxis genau verstanden wird, und wie diese Ziele erreicht werden sollen, da wird es immer unterschiedliche Meinungen unter den staatlichen Organen geben. Allerdings dürften auch in

diesen Bereichen die Unterschiede bei uns weniger gross sein als in anderen Staaten.

Inwieweit stimmen nach Ihrer Ansicht die Ziele der Politik mit denen der Bevölkerung überein?

Die Ziele der Politik stimmen natürlich nicht immer mit den Zielen der Bevölkerung überein. Allerdings haben wir in Liechtenstein eine sehr starke direkte Demokratie und zudem sehr kurze Wege zwischen der Politik und der Bevölkerung. Berücksichtigt man diesen Aspekt, so dürfte in Liechtenstein die Übereinstimmung zwischen den Politikern und der Bevölkerung wesentlich grösser sein als in anderen Staaten der Welt.

Sie nehmen nun seit drei Jahren als Stellvertreter des Landesfürsten die Aufgaben des Staatsoberhauptes wahr. Wie schaut diesbezüglich Ihre persönliche Bilanz aus?

Ich bin mit diesen drei Jahren zufrieden. Bei einigen Reformvorhaben würde ich mir wünschen, dass wir schon weiter wären. Allerdings ist die Entscheidungsfindung in einer Koalitionsregierung nun einmal schwieriger als in einer Alleinregierung. Es sind aber gerade in diesem Jahr einige wichtige Projekte angegangen worden.

Wie beurteilen Sie die Arbeit der derzeitigen Koalitionsregierung?

Ich finde die Arbeit der Regierung grundsätzlich gut, es werden die richtigen Aufgaben angepackt. Allerdings ist auch bei uns mittlerweile ein Dauerwahlkampf zu beobachten, der leider viele Kapazitäten bindet, die anders besser eingesetzt werden könnten. Wenn man sich in anderen Staaten umschaute, so scheinen solche Auseinandersetzungen heute aber zur Demokratie zu gehören.

Seit Ihrer Übernahme der Aufgaben des Staatsoberhauptes sprechen Sie von der Notwendigkeit von Reformen. Gibt es Bereiche, in denen es mit den notwendigen Neuerungen zu langsam vorwärts geht?

Etwas, was ich in den letzten drei Jahren gelernt habe, ist, dass in der Politik die Dinge generell langsamer laufen als in der Wirtschaft, wo ich vorher meine Erfahrungen gemacht habe. Natürlich würde man sich da und dort wünschen, dass die Reformen schneller vorangingen. So hat man zum Beispiel im Bildungsbereich relativ lange gebraucht, bis man sich auf einen Kompromiss einigen konnte, wie man mit den Profilschulen weitermacht.

Aber im Staat sind die Entscheidungsprozesse eben anders als in der Wirtschaft. Sie sind viel breiter angelegt. Natürlich würde man sich wünschen, dass mit

Scheingefechten nicht unnötig Zeit vergeudet wird. Andererseits sind oft auch Verzögerungen notwendig, weil man eine Reform noch einmal genauer überprüfen sowie verschiedenste Interessen in Einklang bringen und Kompromisse aushandeln muss.

Ein Kompromiss wurde ja bei dem von Ihnen angesprochenen Projekt «Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I» (SPES I) inzwischen gefunden. So konnte SPES I vor Kurzem in die zweite Phase treten, in welcher die Sekundarschulstandorte nun den konkreten Auftrag erhalten haben, ihr Schulmodell sowie ihre Organisationsstruktur bis Mai 2008 auszuarbeiten. Wie sehen Sie die nächsten Schritte?

Zunächst finde ich es erfreulich, dass man sich auf einen Kompromiss einigen konnte. Der Kompromiss bietet nun die Möglichkeit, die weiteren Schritte in Richtung Profilschulen zu gehen. Dabei finde ich es wichtig, dass die Schulen jetzt auch wirklich die Autonomie und die entsprechenden Freiräume bekommen, um selbstbestimmt diese Profile entwickeln zu können. Ich hoffe, dass bei den Lehrkräften nun Begeisterung wach wird, weil sie die Möglichkeit erhalten, für ihre Schüler das Beste auszuarbeiten. Selbstverständlich wird es auch nötig sein, dass die Schulen in der Anfangsphase die notwendige Unterstützung durch begleitende Experten bekommen.

Auf der anderen Seite ist entscheidend, dass nicht nur die Schulen, sondern auch das Schulamt seine neue Rolle findet. Wenn wir davon ausgehen, dass die Sekundarschulen autonomer werden und sich mit ihren Profilen gegenseitig konkurrenzieren, dann braucht es auf der Seite des Schulamts ebenfalls eine klare Neudefinierung der Aufgaben. Weiters müssen die Eltern und Schüler auch tatsächlich die Wahlfreiheit erhalten, sich für jene Schule zu entscheiden, die das beste Profil anbietet. Letztlich bedingt so eine Reform ein neues Finanzierungsmodell. Auch hier sollten wir eine zukunftssträchtige Lösung suchen.

Das Gymnasium hat ja ebenfalls den Auftrag erhalten, ein Profil auf der Sekundarstufe I zu entwickeln. Dabei wird die Klassenanzahl beschränkt. Sollte es ein reines Elitegymnasium auf der Unterstufe geben, ist nur eine Klasse vorgesehen. Entscheidet sich das Gymnasium für ein Profil, das Schülerinnen und Schüler mit höheren wie auch schwächeren Begabungen anspricht, dürfen maximal drei Klassen geführt werden. Was halten Sie davon?

Ich habe mich bereits in der Vergangenheit mehrfach dahingehend geäußert, dass ich kein Anhänger davon bin, dass man zentral verordnet, wie die einzelnen Schulen genau ausschauen müssen, sondern dass sich die Schulen ihr Profil weitestgehend selbst erarbeiten. Aus meiner Sicht hätte man dem Gymnasium

daher nicht ein so enges Korsett verpassen müssen. Jetzt ist es wichtig, dass dieses Korsett so gehandhabt wird, dass das Gymnasium noch Luft zum Atmen hat. Wenn man diesen Kompromiss aber vernünftig auslegt, erlaubt er durchaus, dass wir für alle Betroffenen die richtigen Lösungen finden.

Die Landesrechnung 2006 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 368 Mio. Franken in der laufenden Rechnung ab. Besteht nicht die Gefahr, dass dieses Ergebnis neue Begehrlichkeiten weckt und der Reformeifer eher gedrosselt wird?

Wenn man sich das Ergebnis genauer anschaut, ist es nur aufgrund von einmaligen Erträgen aus dem Verkauf von Anteilen an der Landesbank so gut ausgefallen. Daher dürfen wir nicht den falschen Eindruck vermitteln, dass wir jetzt mit der grossen Kelle anrichten können. Es ist nach wie vor notwendig, dass wir auf einen ausgeglichenen Haushalt schauen. Was immer wir für die Zukunft planen, wir müssen darauf achten, dass wir es finanzieren können, ohne die Steuern erhöhen zu müssen.

Inwieweit ist es für Sie realistisch, dass der permanente Anstieg der strukturell bedingten Beiträge, die inzwischen rund 48 Prozent des Aufwands aus der ordentlichen Staatstätigkeit ausmachen, eingebremst werden kann?

Diesen Anstieg können wir nur einbremsen, wenn wir bei den grossen Aufwandblöcken grundlegende Reformen durchziehen. Dabei denke ich vor allem an die Bereiche Altersvorsorge, Gesundheitsvorsorge und Bildung sowie die vielfältigen Sozialausgaben. In diesen Bereichen können wir durch kleine Änderungen zwar noch die eine oder andere Verbesserungen erzielen, eine Trendumkehr kann aber nur mit grundlegenden Reformen erreicht werden.

Was erwarten Sie sich von einer effizienten staatlichen Finanzkontrolle? Welche Rolle spielen dabei für Sie Corporate-Governance-Spielregeln?

Eine wirklich unabhängige und effiziente Finanzkontrolle ist ein ganz wichtiges Element für einen gut geführten Staat. Eine gute Corporate Governance hat sich auf Unternehmensebene bewährt. Jedes grössere, gut geführte Unternehmen hat eine von der Geschäftsleitung unabhängige interne Revision, die das Geschäftsgebaren kontrolliert und Verbesserungsempfehlungen ausspricht. Wenn ich mir die Landesverwaltung anschau, haben wir mittlerweile eine Grösse erreicht, bei der sich eine solche unabhängige Finanzkontrolle rechnen würde.

Wie beurteilen Sie die künftigen Chancen des Finanzplatzes Liechtenstein im internationalen Wettbewerb?

Der Finanzplatz verfügt über eine gute Ausgangslage und hat gute Chancen für die Zukunft, wenn er sich an das sich ändernde Umfeld rechtzeitig anpasst. Daher begrüße ich es, dass derzeit im Rahmen des Projekts «Zukunft Finanzplatz Liechtenstein» eine Gesamtstrategie unter Berücksichtigung der produzierenden Wirtschaft entwickelt wird. Daraus erwarte ich mir in den nächsten Monaten einige gute Anregungen.

Welches Gewicht hat dabei die Steuerreform?

Die Steuerreform betrachte ich als ein zentrales Element. Andere Wirtschaftsstandorte haben in den letzten Jahren sehr attraktive Steuerreformen eingeführt. Das bedeutet, dass unser relativer Vorteil kleiner geworden ist bzw. einige Standorte z. T. bereits attraktiver sind. Gleichzeitig sollten wir das Steuersystem international kompatibler machen, um flexibler auf Veränderungen in unserem Umfeld reagieren zu können.

Welche Vorteile erwarten Sie sich von der Stiftungsrechtsrevision und wie kommt diese voran?

Aufgrund unterschiedlicher Rechtssprechungen und unklarer Artikel gibt es heute im Bereich des Stiftungsrechtes Unsicherheiten. Die Stiftungsrechtsreform sollte diesbezüglich Klarheit schaffen. Mit dem Vernehmlassungspapier ist eine gute Grundlage für eine Stiftungsrechtsreform erstellt worden. Es wurden alle wichtigen Punkte aufgenommen. Aufgrund der Vernehmlassungsstellungen aus der Praxis wird sicher noch einiges angepasst und verbessert werden müssen, aber ich habe den Eindruck gewonnen, dass nun im zweiten Anlauf eine gute Reform gelingen sollte.

Wie stehen die Chancen, in den Vertragsverhandlungen mit der EU über das Betrugsabkommen und mit den USA über den Erhalt des QI-Status befriedigende Lösungen zu erzielen?

Diese beiden Vertragsverhandlungen werden eine grosse Herausforderung für uns sein. Der Druck auf Liechtenstein, Informationen in Steuersachen zu geben, ist zweifellos gross. Wir werden von unserer Seite darauf hinweisen, dass wir nicht schlechter gestellt werden wollen als andere Finanzplätze. Was letzten Endes bei den Verhandlungen herauskommt, kann zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht gesagt werden.

Liechtenstein berechnet seit diesem Jahr seine Arbeitslosenzahlen neu. Wie sehr ist die Arbeitslosigkeit in Liechtenstein ein Problem?

Die Arbeitslosigkeit ist immer eine Herausforderung. Zum Glück sind die Arbeitslosenzahlen dank guter Konjunktur und neuer Massnahmen des

Arbeitsmarktservices in letzter Zeit gesunken. Sorgen macht mir vor allem die hohe Anzahl an jugendlichen Arbeitslosen. Denn eine hohe Jugendarbeitslosigkeit kann schnell einmal zu einer grossen Belastung für die Gesellschaft werden. Hier wird es wichtig sein, dass wir unser Bildungssystem in Zukunft verbessern. Ich hoffe aber auch, dass einige der innovativen Massnahmen des Arbeitsmarktservices eine Verbesserung für die jugendlichen Arbeitslosen bringen werden.

Ersetzen wir doch einmal «uniformiertes Liechtenstein» mit «Solidargemeinschaft Liechtenstein». Wie lange können wir uns angesichts der demografischen Herausforderung das bestehende System der Altersvorsorge noch leisten? Welche Lösungsansätze sehen Sie?

Der Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung bedeutet, dass sich auch das Altersvorsorgesystem ändern muss. Wenn heute drei Beitragszahler auf einen Pensionisten kommen, und der Trend in die Richtung geht, dass nur noch zwei Beitragszahler für einen Pensionisten sorgen, leuchtet es ein, dass eine Reform notwendig ist. Im Moment verfügen wir noch über ein gutes Finanzpolster, weshalb wir bisher nicht dem gleichen Druck wie andere europäische Länder ausgesetzt sind. Langfristig stehen wir aber vor der gleichen Situation, wenn wir nichts unternehmen. Damit der Druck nicht zu gross wird, sollten wir in den nächsten Jahren Anpassungen in Angriff nehmen.

Grundsätzlich gibt es verschiedene Ansatzpunkte. Erstens kann man Pensionsleistungen kürzen. Dies ist zwar keine attraktive Lösung, aber einige, erst vor wenigen Jahren eingeführte Pensionsleistungen könnte man schon hinterfragen. Längerfristig wäre es sinnvoll, wenn sich die staatliche Seite auf die Sicherstellung einer würdigen Mindestversorgung im Alter konzentriert, und was darüber hinausgeht, der Eigenverantwortung überlässt.

Zweitens können wir länger arbeiten – wie es zum Beispiel nun in Deutschland mit dem neuen Pensionsalter 67 geschieht. Wenn man bedenkt, dass bei der Einführung der ersten Pensionssysteme die durchschnittliche Lebenserwartung kaum höher als das Pensionsalter war, wäre dies ein logischer Schritt. Bei uns geht es zuerst vor allem darum, dass das tatsächliche Pensionsalter ansteigt. Denn im Moment ist in Liechtenstein die Frühpensionierung sehr attraktiv. Wenn man das Pensionsalter hinaufsetzt, muss allerdings auch sichergestellt sein, dass entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Der dritte Ansatzpunkt wäre, dass man die Arbeitsproduktivität steigert. Wenn wir noch effizienter arbeiteten, bräuchten wir vielleicht einmal nicht mehr drei, sondern nur noch zwei Beitragszahler pro Pensionist. Dazu brauchen wir aber sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte, die eine hohe Wertschöpfung erreichen.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Optimierung des Altersvorsorgesystems an und für sich. Das hiesse, dass ein eingezahlter Beitrag durch Vorsorgestrukturen und besseres Anlegen mehr Leistung generiert. In der Praxis wird voraussichtlich eine Mischung aus den verschiedenen Ansätzen nötig sein, um auch in Zukunft die Pensionen nachhaltig sichern zu können.

Die liechtensteinische AHV ist vor allem wegen der starken Zuwanderung noch relativ junglastig geblieben. Zuwanderung ist aber auch mit Risiken für die eigene Identität verbunden, insbesondere wenn Sprach- und Kulturbarrieren die Chancengleichheit behindern. Welches sind für Sie die wichtigsten Ziele einer zukunftsfähigen Integrationspolitik?

Im Vergleich zu anderen Staaten hatten wir bisher das Glück, sehr viele Immigranten zu haben, die aus einem ähnlichen Kulturraum stammen und deutschsprachig sind. Dementsprechend ging bisher die Integration relativ problemlos vonstatten. Wir haben aber zunehmend anderssprachige Immigranten aus anderen Kulturräumen, deren Integration z. T. schwieriger ist. Der Ansatz «Fördern und Fordern» ist dabei sicherlich richtig. So soll man auf der einen Seite die Immigranten auf ihrem Weg zur Integration unterstützen, auf der anderen Seite aber gewisse Forderungen stellen. Beispielsweise sollen die Immigranten so schnell wie möglich die deutsche Sprache erlernen. Auch muss man ihnen klar machen, dass sie sich an die Regeln zu halten haben, die für alle anderen gelten. Wichtig für eine erfolgreiche Integration ist schliesslich, dass alle mithelfen: das Land, die Gemeinden, die Unternehmen, aber auch jeder einzelne.

Wäre nach dem Vorbild der Basler Regierung ein eigener liechtensteinischer Integrationsbeauftragter, der die Massnahmen auf allen Verwaltungsebenen koordiniert, Ihrer Ansicht nach eine zielführende Einrichtung?

Man muss zuerst genauer überprüfen, ob jene Lösung, die für die Verwaltungsstrukturen in Basel gut ist, auch auf unsere Verwaltungsstrukturen zugeschnitten ist. Sicher ist eine Koordination unter den verschiedensten staatlichen, aber auch nichtstaatlichen Institutionen sehr wichtig. Wenn ich mir z. B. die Diskussionen über Gebetsräume für islamische Institutionen anhöre, dann gewinne ich manchmal den Eindruck, dass diesbezüglich unter den liechtensteinischen Gemeinden das Sankt-Florians-Prinzip angewendet wird. Das zeigt mir schon, wie wichtig eine zentrale Koordination ist.

Gebetsräume für Muslime dürften in Liechtenstein wahrscheinlich noch akzeptiert werden, aber bei einem Gebetsturm, einem Minarett, wird sich die Toleranz dann aber eher in Grenzen halten!

In Liechtenstein gelten die Religionsfreiheit und das gleiche Recht für alle. Solange die katholischen und evangelischen Kirchen einen Kirchturm haben dürfen, wird gemäss unserem Rechtsrahmen der Bau eines Minaretts nicht verboten werden können. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die liechtensteinischen Fürsten nicht nur Kirchen gebaut haben, sondern ein Fürst vor über 200 Jahren auch ein Minarett in seinem Garten errichtet hat. Allerdings nicht für den religiösen Gebrauch.

Nicht unbedingt unisono scheinen Staat und Kirche auf ihrem Weg der gegenseitigen Entflechtung zu spielen. So schrieb im Mai Generalvikar Markus Walser an Sie, den Landtag, die Regierung, die Gemeinden und die Pfarrer einen Brief zu diesem Thema. Darin heisst es vonseiten des Erzbistums, dass kein politischer Wille zu einer konsequenten Entflechtung erkennbar sei. Was sagen Sie dazu?

Auf Landesebene konnten bereits Schritte in Richtung Entflechtung gesetzt werden. Jetzt ist es vor allem notwendig, auf Gemeindeebene Fortschritte zu erzielen. Im Moment ist aufseiten der katholischen Kirche eine gewisse Ungeduld spürbar. Vielleicht hängt dies zum Teil mit schlechten Erfahrungen aus der Vergangenheit zusammen. Es wäre wünschenswert, wenn man die Entflechtung jetzt vorwärts bringt. Denn die heutige Verquickung zwischen der Kirche und den Gemeinden birgt noch viel Konfliktpotenzial, das weder der Politik auf Gemeindeebene noch der Kirche hilft.

Je schneller entflochten werden kann, desto besser. Allerdings sind die vermögensrechtlichen Fragen nicht ganz einfach zu lösen. Da stellt sich die Situation in jeder Gemeinde wieder anders dar. Das kann man nicht durch einen zentralen Akt lösen. Solange wir das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht einer klaren Neuregelung zugeführt haben, ist es aber auch schwierig, die Rolle der anderen Religionsgemeinschaften klar zu definieren. Schon allein aus Integrationsüberlegungen wäre es wichtig, die Rolle der katholischen Kirche und der anderen Religionsgemeinschaften möglichst bald zu klären.

Und wie steht es nun mit dem politischen Willen?

Auf Landesebene ist man wahrscheinlich soweit gekommen, wie man momentan kommen kann. Jetzt liegt es an den Gemeinden, die entsprechenden Gespräche zu führen. Nachdem nun die Gemeindewahlen vorbei sind, scheint mir der richtige Zeitpunkt dafür gekommen zu sein.

Der Landtag hat in seiner Juni-Sitzung einhellig ein VU-Postulat zur Besserstellung der ambulanten Pflege und Betreuung an die Regierung überwiesen. Wie stehen Sie zum politischen Willen des Parlaments, die Pflegeleistung der Angehörigen besser zu honorieren?

Es ist sehr sinnvoll, die älteren Angehörigen so lange wie möglich zu Hause zu betreuen und zu pflegen. Das ist oft auch günstiger als im Spital oder im Heim. Wie bereits erwähnt, darf uns der gute Haushaltsabschluss aber nicht dazu verleiten, immer mehr und mehr Geld auszugeben. Wir werden es uns nicht leisten können, ehrenamtliche Arbeit im grossen Stil durch den Staat zu entlohnen. Man wird also Lösungen suchen müssen, die auf der einen Seite mehr Pflege zu Hause erlauben, aber auf der anderen Seite finanzielle Einsparungen bringen. Wenn das möglich ist, wäre das sicher der richtige Weg.

In der aktuellen politischen Diskussion spielt die Familienförderung eine bedeutende Rolle. Als zentraler Pfeiler einer zukunftsfähigen Familienpolitik gilt die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Welche Aufgabe kommt diesbezüglich dem Staat zu und welche Verantwortung trägt hier die Wirtschaft?

Optimal wäre es, wenn Beruf und Kinder ohne staatliches Handeln vereinbar werden. Das wäre die billigste Lösung, die auch am wenigsten Bürokratie mit sich bringen würde. Zwar nimmt angesichts der geburtenschwachen Jahrgänge das Interesse der Wirtschaft zu, die gut ausgebildeten Frauen stärker in den Wirtschaftsprozess einzubinden. Wirklich gute Lösungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten heute aber nur die wenigsten Unternehmen an. Das wird nicht ein Prozess von heute auf morgen sein. Es ist zu erwarten, dass das eine oder andere Unternehmen eine solche Investition in seine Position als attraktiver Arbeitgeber tätigen wird. Wenn die entsprechenden Massnahmen zum Erfolg führen, werden weitere Unternehmen nachziehen. So wird das Ganze in Gang kommen.

Der politische Druck, auch von staatlicher Seite die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu unterstützen, ist aber zu gross, als dass man diesen Prozess wird einfach abwarten können. Das bedeutet, dass man zusätzliche finanzielle Mittel in die Hand nehmen muss, die dann anderswo fehlen. Bereits heute haben wir verschiedenste Unterstützungen für die Familien, wie zum Beispiel Kindergeld oder Mutterschaftszulage. Wir haben aber immer mehr Doppelverdiener und allein erziehende Mütter. Da wächst natürlich der Bedarf nach zusätzlichen Hilfen wie Kindertagesstätten.

Wichtig wäre es, Lösungen zu finden, die den Eltern die Freiheit lassen, ob die Kinder zu Hause grossgezogen oder in die Kindertagesstätte gegeben werden. Wenn der Staat nur die Kindertagesstätten finanziell unterstützt, werden Eltern doppelt bestraft, wenn sie das Kind lieber zu Hause betreuen. Denn sie haben keinen Doppelverdienst und zusätzlich wird ein Teil ihrer Steuerbeiträge für die Kindertagesstättenplätze der Doppelverdiener eingesetzt.

Deshalb wird man innovative Lösungen suchen müssen. Ein Ansatz könnte sein, dass man die durchschnittlichen Kosten einer Kindertagesstätte nicht den Kindertagesstätten bezahlt, sondern direkt den Eltern zukommen lässt, die dann selbst entscheiden können, ob sie das Geld zu Hause einsetzen, ob sie es für diese oder jene Kindertagesstätte benötigen, und in welchem Ausmass sie den Service der Kindertagesstätte in Anspruch nehmen wollen.

Das neue Kinder- und Jugendgesetz wurde im April-Landtag von VU und FL verworfen, weil mit diesem Gesetzeswerk die gesamte Bevölkerung gemassregelt und diszipliniert worden wäre. Nach Ansicht der VU wäre das Heil der Kinder «in einem nicht mehr zu übertreffenden Staatsinterventionismus und Staatssanktionismus» gesehen worden. Was sagen Sie dazu, wie definieren Sie hier die Rolle des Staates?

Es ist sicher ein sehr umfangreiches Gesetz. In gewissen Bereichen gibt es Liberalisierungen, in anderen Bereichen sind mehr staatliche Aufgaben dazugekommen. Es scheint so, dass der vorliegende Entwurf nicht mehrheitsfähig ist.

Letztlich wollen aber alle Parteien eine Reform des Kinder- und Jugendgesetzes. Deshalb geht es jetzt darum, dass man zusammensitzt und schaut, wo Einigkeit herrscht, wo die Probleme liegen und wie man diese Probleme lösen kann. Dann muss entschieden werden, ob es genügt, am jetzigen Entwurf einige Änderungen vorzunehmen, oder ob ein Entwurf auf einer vollkommen neuen Basis erstellt werden muss.

Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Liechtensteins ein, den Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll nachzukommen? Was halten Sie zum Beispiel von einer Besteuerung, die sich hauptsächlich am CO2-Ausstoss misst?

Liechtenstein tut sich schwer, die Auflagen des Kyoto-Protokolls einzuhalten. Einerseits, weil das Kyoto-Protokoll für grössere Staaten entworfen worden ist und für uns einen grossen bürokratischen Aufwand in der Handhabung bedeutet. Andererseits, weil wir im Unterschied zu anderen Staaten schon vor Abschluss des Protokolls relativ gute Umweltstandards kannten und seither ein riesiges Wirtschaftswachstum hatten. Voraussichtlich werden wir daher neben Umweltschutzmassnahmen in Liechtenstein zusätzliche Projekte im Ausland unterstützen müssen, um unseren Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll nachzukommen.

Was die Regelung des Umweltschutzes generell betrifft, so müssen wir einen vorsichtigen Balanceakt gehen. Setzen wir einseitig zu hohe Auflagen, erfolgt ein Ausweichen der Wirtschaft in andere Staaten mit all seinen negativen Konsequenzen für die Gesellschaft, insbesondere was die Finanzierbarkeit unseres Sozialsystems betrifft. Nur das zu tun, was die anderen Staaten tun,

kann aber auch einmal zu wenig sein und der Gesellschaft sowie letztlich auch der Wirtschaft schaden. Daher müssen wir Umweltschutzmassnahmen, die über den Standard unserer Nachbarstaaten hinausgehen, so setzen, dass sie der Umwelt möglichst viel bringen und die Wirtschaft möglichst wenig belasten. In diesem Sinne müssen wir auch eine CO₂-Besteuerung prüfen.

Durchlaucht, was wünschen Sie sich unter dem Motto «uniformiertes Liechtenstein» von der Politik und der Bevölkerung zum Staatsfeiertag 2007?

Wenn dieser Wunsch unter dem Motto «uniformiertes Liechtenstein» ausgesprochen werden soll, dann möchte ich ihn in Richtung Ehrenamtlichkeit äussern. So wünsche ich mir, dass bei möglichst vielen Bewohnerinnen und Bewohnern auch weiterhin die Bereitschaft besteht, ehrenamtlich tätig zu sein, auf welcher Ebene auch immer. In diesem Sinne gilt dieser Wunsch auch für die Politik. Ein Grossteil unserer Politiker engagiert sich ja ebenfalls ehrenamtlich und opfert Freizeit für das Allgemeinwohl. Dadurch kann jeder seinen Beitrag an die Gesellschaft leisten. Das erlaubt uns, einen effizienten Staat zu haben, der uns nicht zu viel kostet.